

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wöchentlich 16 Mal. Preis monatlich 2 RM. Bei Bestellung 10 RM. zuzügl. Beleggeld. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postgebühren, Porto, unter Aufsicht u. Geschäftsführung des Verlegers zu übernehmen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Unfälle ist die Haftung für den Verlust der Zeitung oder Verzögerung des Erscheinens ausgeschlossen. Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.



Verleger: Kurt Wilsdruff, Wilsdruff 206. Druck: Kurt Wilsdruff, Wilsdruff 206. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. Postfach: Dresden 2640. Sonnabend, den 22. April 1939.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Nr. 93 — 98. Jahrgang. Drahtanschrift: „Tageblatt“.

Bekanntmachungen des Landrates zu Meißten und des Bürgermeisters zu Wilsdruff, des Finanzamts Rössen sowie des Forstrentamts Tharandt.

Bündnis mit dem Weltfeind

Englands Freunde in Moskau enthüllen ihr wahres Gesicht

Während in Moskau der dortige englische Botschafter mit dem Genossen Kintessin darüber verhandelt, in welchem äußeren Gewand die Interessengemeinschaft zwischen den Demokratien und dem Bolschewismus gekleidet werden soll, veröffentlicht die parteiamtliche Moskauer „Trawda“ eine Reihe von Zeitungsartikeln, aus denen mit aller Deutlichkeit auch für die vor ihrem Eintreffenswahn befangenen Engländer hervorgeht, welche Rolle Moskau in der Tat in diesem Bündnis spielen will. Kein geringerer als der Vertreter der sowjetrussischen Kommunistischen Partei in der Komintern-Zentrale, Manuilski, der gleichzeitig Mitglied des Volkskongresses der Komintern und einer ihrer einflussreichsten Leiter ist, der zudem dem Zentralkomitee der kommunistischen Partei angehört, ergreift hier das Wort, um die Erwartungen zu kennzeichnen, die Moskau auf eine weitere Verschärfung der Beziehungen der Mächte untereinander setzt. Er fordert alle Anhänger zu einer „klaren und festen Position“ auf, da ein Krieg gegen die faschistischen Mächte, wie er sagt, auch nach der Meinung Stalins „ein gerechter Krieg“ sein würde. Wenn sich in dieser Auffassung offenbar die Meinungen der Demokratien mit denen der Bolschewisten getroffen haben, so weichen sie aber in folgendem voneinander ab, und Manuilski gibt den angelsächsischen Mächten einen Anweisungsunterricht darüber, wie sie sich den Ausgang eines solchen Krieges vorstellen.

Nach der Ansicht Manuilskis ist ein Krieg notwendig, um das Endziel, die Weltrevolution, zu erreichen. Deshalb müsse auch die gegenwärtige Spannung weitgehend ausgenutzt werden. Man müsse die Anhänger der Komintern in aller Welt mobilisieren, ihre Gefühlskraft verheeren und sie zu Volksfronten mit den Anhängern der Demokratien vereinigen. Schließlich wird Manuilski aber für alle, die ihn hier noch nicht verstehen sollten, noch deutlicher, indem er sagt, daß mit der gegenwärtigen Krise des „verderblichen kapitalistischen Regimes“ sich für den Weltkommunismus besonders günstige Perspektiven eröffnen. „Wir wissen“, so schließt dieser unmittelbare Mitarbeiter Stalins, „daß in Europa, und nicht allein in Europa, der Same des Kommunismus, der Same der Lehren Lenins und Stalins auf einen durch Kriege, Kämpfe und Konflikte vorbereiteten Boden fällt. Und dieser Same wird ungestüm keimen und bald herrlich aufgehen.“

Die rote Seuche auch in England

Dieser offenerberzige Ertrag Manuilskis steht nicht vereinzel da. Vor ganz kurzer Zeit hat ein anderer Mitarbeiter Stalins, der erste politische Kommissar der roten Armee und stellvertretende Kriegskommissar Werschlis, eine Rede gehalten, in der er Stalin als „den neuen Lenin“, als „unser Banner“ und als „die Weltkommune“ pries. Der gleiche Wechsel hat auf dem Partellongress eine Rede gehalten, in der er sagte, die Zeit sei nicht fern, in der die rote Armee — also die Engländer verbündete Heeresmacht — den Weltfrieden aller Welt heilen wird, das kapitalistische Joch abzuschnüdeln und die kapitalistische Umgebung ein für allemal zu liquidieren.

Damit die angelsächsischen Völker nicht daran zweifeln, welches Danaergeschenk ihre Regierungen ihnen damit beschert haben, daß sie sich jetzt Moskau an den Hals werfen, hat Manuilski auf dem Kongress ausgeführt, welche Fortschritte die Komintern in den letzten Jahren in aller Herren Länder erzielt hat. Neben Frankreich und anderen Ländern wurde besonders betont, daß der Bolschewismus in Amerika und England zum Sammelbecken für alle diejenigen geworden ist, die mit der augenblicklichen Ordnung unzufrieden sind und die im Sinne einer hängigen Beunruhigung des öffentlichen Lebens arbeiten.

Es spricht Vände, wenn Manuilski sich rühmt, daß in Spanien die Schaffung der Internationalen Brigaden ein Zeugnis für die „Reife des Weltkommunismus“ ablege und daß die Kominternpolitik in China sehr bald die Volksmassen Chiens und insbesondere die Kolonialbevölkerung in Bewegung bringen werde!

Das alles hindert aber die Regierungen der sogenannten großen Demokratien, die ihren Völkern diese Wahrheiten bewusst verschleiern, nicht, die Bräderschaft mit dem Bolschewismus zu feiern und den Weltzerstörern damit wieder den Weg nach Europa zu öffnen.

Eintreibung festgefahren

Die kleineren Partner sind sehr zurückhaltend

Nach einem Bericht des englischen Reuterbüros zu weilen, sind die Londoner Eintreibungsverhandlungen mit den Oststaaten festgefahren. Reuter schreibt nach einem Hinweis auf die Unterredung zwischen Litwinow-Finkelstein und Mastin in Moskau und die britisch-amerikanischen Verhandlungen, es erscheine jetzt unwahrscheinlich, daß

als Ergebnis der augenblicklich in verschiedenen europäischen Hauptstädten geführten Unterhandlungen irgendein klarer Erfolg in naher Zukunft erzielt werden könne. Unter den Partnern dieser Erörterungen bestche noch immer Zurückhaltung, die voranschreitlich auch bestehenbleiben werde. Was z. B. Jugoslawien und Bulgarien anbelange, so schienen sie nicht den Wunsch zu hegen, „irgendeinem Lager beizutreten“.

Dieses Eingeständnis des Fehlschlagens der weitgespannten britischen Eintreibungspläne versucht Reuter dann in seiner Bedeutung abzumildern, indem er nach bekannter Manier die Lage als „entspannt“ bezeichnet. Gerüchte über neue Gefahren und bevorstehende Ueberforschungen tauchten zwar immer wieder auf, würden aber nicht geglaubt.

Baldige Rückkehr Henderjons nach Berlin

Auf Anfrage bestätigte der englische Ministerpräsident Chamberlain im Unterhaus, daß der britische Vorkämpfer in Berlin, Neville Henderjon, in Kürze wieder auf seinen Berliner Posten zurückkehren werde.

„20 Millionen britische Katholiken verweigern Kriegsdienst“

Protest der englischen Katholiken gegen Verbindung mit den Sowjets

Die führende Londoner katholische Zeitschrift „The Catholic Times“ richtet an die Adresse der englischen Regierung einen scharfen Protest gegen eine Verbindung Großbritanniens mit Sowjetrußland. Unter der Ueberschrift „Stopp! Das Bündnis mit der atheistischen Diktatur!“ schreibt das Blatt u. a.:

„Katholiken können nicht für die Sache der Sowjetkämpfer, wenn die britische Regierung eine „Koalition“ friedliebender Völker“ schaffen will, dann ist Sowjetrußland der letzte Staat, an den sie sich wenden kann. Moskaus offener eingetragenes Ziel ist die Weltrevolution.“

Das Blatt weist dann darauf hin, daß der Bischof von Buffalo in den Vereinigten Staaten erklärt habe, daß, wenn sich die USA, jemals zu einem Kriege mit Sowjetrußland als Verbündeten entschließen sollten, er jedem katholischen Mann den Rat geben würde, den Vereinigten Staaten gegenüber den Kriegsdienst zu verweigern. Was für die 20 Millionen Katholiken der Vereinigten Staaten gelte, so fährt die Zeitschrift fort, gelte auch für die 20 Millionen Katholiken des Britischen Weltreiches. Die Regierung müsse rechtzeitig gewarnt werden: Wenn Großbritannien in einer Militärallianz mit Sowjetrußland zusammen kämpfen würde, dann werde sich für alle Katholiken die Gewissensfrage erheben, ob sie nicht Widerstand gegen die Allgemeine Wehrpflicht leisten müßten.

Polen verzichtet auf Moskaus Hilfeleistung

Es will nicht Aufmarschgebiet für die Sowjets sein

Polen hat in den englischen Eintreibungsplänen auch schon ein Haar gefunden, seitdem sich London und Moskau angefreundet haben. Polen hat keinen Gefallen an dem Gedanken, daß es vielleicht Aufmarschgebiet für die rote Armee werden könnte. Die polnische Presse nimmt daher immer entschiedener Stellung gegen Sowjetrußland und lehnt scharf eine Hilfeleistung Moskaus ab.

Eine Rüstungssteuer in Frankreich

Der französische Ministerrat hat dem Staatspräsidenten die Serie von wirtschaftlichen Notverordnungen zur Unterzeichnung unterbreitet, auf die die Presse bereits vorbereitet hatte. Diese Verordnungen sind die Folge der neuen Rüstungssteuern, die die Regierung beschlossen hat.

Ein erster Erlass ermächtigt die Regierung zur Eröffnung neuer Kredite für das Kriegsministerium, das Kriegsmarineministerium, das Luftfahrtministerium und das Kolonialministerium. Ein anderer Erlass behandelt die Eröffnung der Verpflegung der Bevölkerung in Kriegszeiten.

Um die Finanzmittel einzusparen, wurde ein Erlass unterzeichnet, der eine Kontrolle der Vermögen vor sieht und der bestimmte Vermögen, die augenblicklich gar nicht oder nur schwer zu erfassen sind, in Zukunft auf Grund äußerer Zeichen einer von den Verwaltungsorganen festzusetzenden Steuern unterwirft. Der Gewinn der für die Rüstung arbeitenden Unternehmungen ist ebenfalls durch einen Erlass geregelt und begrenzt worden.

Ein besonderer Erlass schafft eine sogen. Rüstungssteuer von 1 v. H. auf alle Zahlungen, wobei nicht besonders vermerkt ist, ob es sich um Zahlungen von einer bestimmten Höhe ab handelt oder unterschiedslos um alle Zahlungen. Auf der anderen Seite hat die Regierung eine ganze Reihe von Sparmaßnahmen beschlossen, die sich insbesondere auf die Beschränkung von Krediten für öffentliche Arbeiten beziehen. Schließlich ist die Ausgabe eines neuen Rüstungsbonos mit zweijähriger Laufzeit erlassen worden, dessen Zeichnung im Rahmen eines Dreijahresplanes erhebliche Rüstungen erlauben soll. Der Ministerrat hat schließlich noch eine Verordnung verabschiedet, die die durch ausländische Fonds unterstützte Propaganda verbietet.

Ein Großer des Friedens

Der Geburtstag Adolf Hitlers, das nationale Fest der geeinten und in ihrer Geschlossenheit mächtigen großdeutschen Nation ist vorüber. Dieses Fest der deutschen Herzen gehörte aber nicht nur der deutschen Nation, die erneut ein überwältigendes Treuebekenntnis zum Schöpfer und Führer des Großdeutschen Reiches ablegte, sondern es griff auch in die Räder der Weltpolitik. Es dokumentierte den Völkern der Erde, daß die Einigkeit und militärische Stärke des neuen Deutschland der Garant des europäischen Friedens ist.

Die Welt hat eine neue Bestätigung dafür erhalten, wie wahrhaft demokratisch dieses Hitler-Deutschland ist: Führer und Volk sind eine Einheit, hier gibt es keine trennenden Schranken zwischen Führerschaft und Geführten. Die unter dem faden-scheinig gewordenen Banner der „Demokratie“ auf-marschierenden Feinde Deutschlands und einer gesunden Neuordnung Europas haben mitten in ihrem Ränkespiel eine Pause einlegen müssen, um stannend zu beobachten, wie das ganze deutsche Volk sich buldigend um seinen Führer und Befreier scharte. Diese großdeutsche Bekenntnisfeier hat allen Feinden des Friedens und allen Hahaboskeln hoffentlich die Erkenntnis gebracht, daß ihre Gift-pfeile an der Geschlossenheit des deutschen Volkes wirkungslos abprallen, an einem Volk, das sich in guten und schweren Zeiten eins füßt mit dem Schöpfer seiner Macht und Freiheit.

Das aber sind die Erkenntnisse des Auslandes: Für die Größe und die Ausmaße ihrer Ausbildungen gibt es kaum Vergleiche. Es war rührend und großartig, wie die Millionen Deutschen ihrem Führer ihre Geburtstagswünsche darbrachten und ihre Treue bekundeten. Es war das größte Erlebnis dieses 50. Geburtstages Adolf Hitlers, das deutsche Volk wie ein Volk dem Führer buldig zu sein. Ein jugoslawisches Blatt schreibt: „Die Begeisterung, mit der Hitlers 50. Geburtstag gefeiert wurde, ist verständlich, denn Adolf Hitler hat mehr geleistet als jeder andere Herrscher und Staatsmann in der Vergangenheit zuvor.“ Das weiß das deutsche Volk und dankt deshalb Gott und dem Schicksal dafür. Die andere große Erkenntnis des Auslandes aber ist, daß Hitler, wie ein englisches Blatt betont, „Deutschland nicht nur zur größten Militärmacht des Kontinents gemacht, sondern auch Deutschland in einer Weise vergrößert hat, wie dies selbst Bismarck nicht geträumt hat“.

„Die Deutschen haben recht, wenn sie ihren Führer als den größten aller Zeiten bezeichnen. Hitler hat seinen Namen in die Geschichte eingegraben, wie es bisher noch kein anderer Mensch getan hat.“ So hat der Londoner „Star“ festgestellt und damit das ausgesprochen, was wir alle mit Stolz empfinden. Sein Wert wird länger stehen als das Nachwort der Eintreibungspläne und Kriegsbeyer in London, Paris und Washington. Adolf Hitler ist ein Großer des Friedens, der durch sich und das von ihm geführte einige und starke Volk berufen ist, der Retter des Friedens für Europa und die Welt zu sein.

Bulgarien soll sich an die Achse anlehnen

Regierungserklärung im Parlament von Sofia

Der bulgarische Parlamentsausschuß für Außenpolitik beendigte seine zweitägige Aussprache. Im Mittelpunkt der nichtöffentlichen Sitzung stand der außenpolitische Lagebericht des Ministerpräsidenten Kjossewanoff. Nach Meinung gut unterrichteter Kreise habe diese Rede wesentliche Bedeutung wegen ihrer innerpolitischen Auswirkung. Kjossewanoff habe dem Parlament die Zustimmung gegeben, keine wichtigen Entscheidungen ohne Hinzuziehung des Parlaments treffen zu wollen.

Im Anschluß an die Erklärungen des Ministerpräsidenten beauftragte mehrere Abgeordnete eine stärkere Ausrichtung der bulgarischen Außenpolitik auf die Achse Berlin—Rom.

Von Holland scharf zurückgewiesen

Das Ansuchen des amerikanischen Senators Vandenberg, die amerikanische Regierung solle Curacao und Niederländisch-Guayana kaufen, wird vom „Telegraaf“ mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. „Wir derselben Regelmäßigkeit mit der die Jahreszeiten wechseln“, so schreibt das Blatt, „erzöhen aus Amerika Stimmen, die den An auf niederländischer Besitzungen in Westindien fordern“. Langsam müsse man nun aber auch dort drüber wissen, daß Holland gar nicht daran denke, den Ausverkauf der Antillen und Guayanas zu veranstalten. Jetzt komme Senator Vandenberg wieder mit einem derartigen Ansuchen, anachronisch weil Curacao und Niederländisch-Guayana für die Verteidigung des Panamakanals von strategischer Wichtigkeit seien. Der amerikanische Senat im Haag sollte doch seiner Regierung nochmals mitteilen, daß etwas Derartiges nie in Frage komme.